

Nein zu 5,5 Milliarden Franken Mehrkosten

Die Volksinitiative «AHVplus» sieht einen Ausbau der Altersrenten um durchschnittlich zehn Prozent vor. Sie liegt total quer in der Landschaft, wird aber zweifellos ihre Anhängerschaft auf der linken Seite haben. Das Gewerbe tut gut daran, die Initiative nicht zu unterstützen.

Mi. Begründet wird das Volksbegehren damit, dass die AHV-Renten den Löhnen seit Jahrzehnten hinterherhinken. Gemessen an der Lohnentwicklung würden die AHV-Renten «schleichend an Wert verlieren», sagt beispielsweise Ständerat Paul Rechsteiner, Präsident des Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Initiativkomitees. In Franken und Rappen würde der von der Initiative geforderte AHV-Zuschlag für Einzelpersonen rund 200 Franken betragen, für Ehepaare rund 350 Franken. Die Initianten verkennen in dramatischer Weise die Realität der Altersvorsorge und ihrer Finanzierung. Nur schon die Sicherung der heutigen Rente gehört aufgrund der Demografie zu den grössten Herausforderungen, mit denen sich unser Land endlich dringend befassen muss. Die Initiative mit den pauschalen Erhöhungen würde jährliche Mehrkosten von rund 5,5 Milliarden Franken verursachen. Per 2030 ist aber bereits bei den aktuellen Ansätzen von einem jährlichen Defizit von 7,5 Milliarden Franken auszugehen.

Nicht finanzierbar

Die Argumentation der Initianten ist illusorisch. «Wir haben schon grösste Mühe, die Sozialwerke auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren», meint BGV-Finanzchefin Angela Casanova. «Auch ohne «AHVplus» schrieb die AHV im Jahr 2014 rote Zahlen, und über die nächsten Jahre wird dieser Fehlbetrag kontinuierlich ansteigen. Aufgrund der Berechnungen der Bundesverwaltung müssten wir Jahr für Jahr ein Loch von 13 Milliarden Franken stopfen.» Das sei schlicht nicht finanzierbar, so der klare Tenor der Grossrätin aus Domat/Ems, der im Kantonalvorstand einstimmig Anklang fand. Darüber hinaus darf mit Recht bezweifelt wer-

den, dass bedürftige Menschen überhaupt von der Initiative profitieren würden. Heute können AHV-Rentner in bescheidenen Verhältnissen Ergänzungsleistungen beziehen. Wenn man die AHV erhöht, sinken diese Ergänzungsleistungen. Damit bringt die geforderte AHV-Erhöhung für arme Senioren nichts. Dafür steigen die Renten auch für solche AHV-Bezüger, die es gar nicht nötig haben. «Dies ist widersinnig», meint Jan Koch, BGV-Ausschussmitglied, «wenn man sich gleichzeitig den Kopf darüber zerbricht, wie man das heutige Rentenniveau halten kann.»

Völlig querer Ausbau

Aufgabe der Politik ist es in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gesellschaft die Altersvorsorge so zu reformieren, dass sie nicht kollabiert, die aktive Generation der Erwerbstätigen und die KMU keine weiteren Mehrbelastungen auf sich nehmen

müssen und das Vertrauen in dieses wichtige Alterswerk über alle Generationen hinweg erhalten bleibt. Das ist eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe. Ein Ausbau, wie ihn die Initianten vorschlagen, steht daher völlig quer in der Landschaft.

Es muss auch daran erinnert werden, dass die Initianten diese neuen Leistungen teilweise mit der neuen eidgenössischen Erbschaftssteuer finanzieren wollten. Diese wurde jedoch vom Schweizervolk deutlich verworfen. Die Initiative wird von Bundesrat und Parlament zur Ablehnung empfohlen. Es wird ein weiteres Mal viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein, um diese Initiative abzuschmettern.

Das sagen bürgerliche Bündner Parlamentarier zur «AHVplus»-Initiative



Heinz Brand, Nationalrat SVP:

«Die AHV basiert auf der Solidarität zwischen den Generationen – setzen wir diese nicht aufs Spiel.»



Duri Campell, Nationalrat BDP:

«Finanzielle Abenteuer auf Kosten einer sicheren AHV sind verantwortungslos.»



Martin Candinas, Nationalrat CVP:

«Das heutige System der Altersvorsorge funktioniert auch für die Schwächeren. Mit der AHV-Initiative jedoch gewinnen sie nichts – im Gegenteil!»



Martin Schmid, Nationalrat FDP:

«Wir stehen zum Generationenvertrag und unterstützen uns gegenseitig. Unausgewogene Initiativen dürfen das nicht gefährden.»

